

Der baltische Adel, der Zarismus und ihre Reformpolitik 1850 – 1880

von

Maksim M. Duchanov

Es ist kein neues Thema, das hier erörtert wird, im Gegenteil; dieser Forschungsgegenstand hat sehr viele Historiker schon seit mehr als 100 Jahren beschäftigt, und dennoch wird er auch heute noch intensiv studiert.

Solch ein beständiges Interesse der Wissenschaftler könnte man erstens damit erklären, daß eine Gesamtdarstellung der Geschichte Lettlands und Estlands unmöglich ist, ohne eine präzise Vorstellung von der vielseitigen Tätigkeit eines so wichtigen Elements dieser Geschichte wie des baltischen Adels zu entwickeln, der viele Jahrhunderte lang über das Schicksal Livlands, Estlands und Kurlands entschied.

Als zweiter Grund wären die großen Möglichkeiten zu nennen, die dieses Forschungsthema für die Lösung vieler allgemeintheoretischer Probleme auf der Grundlage von konkret-historischen Materialien bietet (z. B. die Rolle der herrschenden Schichten im historischen Prozeß, die Verschiedenartigkeit der Beziehungen zwischen dem Staat und den herrschenden Schichten, der Einfluß von ökonomischen und politischen Motiven auf die Tätigkeit der Adeligen, die Rolle der Bauernbewegung im Prozeß des Wandels usw.).

Man könnte drittens auch von der Möglichkeit sprechen, den engeren Rahmen der baltischen Region zu überschreiten und die Probleme der baltischen Geschichte im Kontext mit den allgemeuropäischen Verhältnissen zu analysieren (z. B. das allgemein Ständische in der Tätigkeit des baltischen Adels und das Eigenartige, was den baltischen Adel von seinen Standesgenossen in anderen Regionen unterschied). Daraus ergibt sich auch ein großer Spielraum für historische Komparatistik.

Das Thema ruft endlich auch deshalb großes Interesse hervor, weil es zu einem der wichtigsten Anknüpfungs- und zugleich auch Streitpunkte zwischen der marxistischen und nicht-marxistischen Historiographie über Lettland und Estland geworden ist.

Dazu einige ergänzende Bemerkungen: M. E. gibt es mindestens zwei wichtige Faktoren, die die ganze Historikerzunft einigen, unabhängig davon, welches Land und welche Weltanschauung sie vertreten: das Interesse an der Geschichte und unsere gemeinsame, höchst verantwortliche Aufgabe, das Gedächtnis der Geschichte zu bewahren und es den folgenden Generationen zu überliefern. Natürlich gibt es zwischen den Historikern auch Gegensätze; die tiefgreifendsten wurzeln in der Methodologie, in der Anwendung der bei Marxisten und Nichtmarxisten grundverschiedenen philosophisch-theoretischen Lehren zur Geschichtsforschung. Daraus ergeben sich wiederum verschiedene Verwertungskriterien, Konzeptionen, generalisierende Schlußfolgerungen und Interpretationen des Erforschten.

Jedoch trotz all dieser Gegensätzlichkeit ist eine ertragreiche Zusammenarbeit von Historikern, die verschiedene Methodologien anwenden, durchaus möglich, wenn man vom Interesse an der Wissenschaft ausgeht und die Diskussion im Sinne einer rationalen, nüchternen Urteilsfindung führt sowie konsequent die Bereitschaft fördert, den Argumenten Andersdenkender zuzuhören und ihnen sachlich zu begegnen.

Solch eine Diskussion wirft neue wissenschaftliche Fragen auf, zwingt beide Seiten, die Ergebnisse der Forschung nochmals gründlich zu überprüfen, und wenn es dem besseren Verständnis des Themas zugutekommt, die früheren Ansichten zu korrigieren. Als positives Beispiel dieser Art würde ich die Diskussion zwischen den Historikern der Bundesrepublik Deutschland und Sowjetlands über Fragen der baltischen Geschichte und Historiographie bezeichnen, wie sie etwa in den letzten zehn Jahren zur Regel wurden. Die Zielvorstellungen beider Seiten sind zwar nach wie vor weit voneinander entfernt. Aber immer öfter kreuzen sich die Wege auf den Zwischenstationen, wobei diese letzteren nicht nur durch reine Faktographie — das Anerkennen und die Benutzung der von der anderen Seite erforschten Tatsachen —, sondern eben auch durch manche wichtige gemeinsamen Folgerungen gekennzeichnet sind.

Einige von ihnen beziehen sich auch auf das Thema im engeren Sinne. Bloß zwei Beispiele seien hier genannt: Es scheint recht und billig zu behaupten, daß die baltische Historiographie der Bundesrepublik heute weniger einhellig, als dies früher der Fall war, den eigenständigen Reformwillen des Adels unterstreicht und um so mehr auch seine Rolle als Anreger der einzelnen Reformen herausarbeitet. Umgekehrt muß der Verfasser folgendes feststellen: Obwohl ich auch heute noch bei der festen Überzeugung bleibe, daß in der Politik des baltischen Adels der Konservatismus dominierte, sehe ich dennoch gleichzeitig viel deutlicher als noch vor einigen Jahren die Anpassungsfähigkeit des Adels an den Kapitalismus und halte es für absolut unzulässig, seinen Konservatismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Streben nach einem „reinen“ Feudalismus gleichsetzen zu wollen.

Man sollte natürlich die erfolgte Annäherung nicht mit der Diskussion allein in Verbindung bringen wollen. Aber so manches trug sie meiner Überzeugung nach zur Klärung bei.

Jedoch trotz all der Annäherung unserer Standpunkte auf den Zwischenstationen bleiben die Endstationen auch bei der Lösung des hier zu erörternden Problems weit voneinander entfernt. Das bezieht sich in erster Linie auf die Einschätzung der Position des Adels in der Reformfrage, ob er z. B. geneigt war, die Reformen zu fördern oder zu bremsen, zu beschleunigen oder zu versangsamern, zu radikalisieren oder zu mäßigen, wie auch auf die Frage, welche Motive das Verhalten des Adels bestimmten.

Wir haben für die Herausarbeitung der Reformpolitik einen recht kurzen Zeitabschnitt gewählt. Diese Begrenzung ist damit zu rechtfertigen, daß gerade in dieser Periode die wichtigsten bürgerlichen Reformen verwirk-

licht wurden, wobei ihre Ergebnisse zur besonderen Voraussetzung des gesamten späteren Wandels in der Wirtschaft, der Sozialstruktur, den nationalen Beziehungen sowie in der Volksbildung und Kultur wurden. Man kann diesen Zeitabschnitt natürlich nicht als große Reformära bezeichnen. Aber die Interpretation der Reformen ist augenblicklich nicht das Thema. Hier soll bloß, wie gesagt, die Rolle des subjektiven Faktors — die Politik des Adels im Reformprozeß — verfolgt werden.

Eine wesentliche Einschränkung dieses Beitrages ergibt sich im übrigen aus der Tatsache, daß hier keine Ereignisschilderung angestrebt werden soll. Es könnten daher vielleicht manche der weiteren Erläuterungen schematisch und deklarativ erscheinen. Die Geschichte der Reformen, die Frage, „wie es eigentlich gewesen war“, ist jedoch in früheren Publikationen des Verfassers ausführlich genug beleuchtet worden. Auf diesen Ergebnissen wird hier aufgebaut.¹

Das erste, was dem Historiker bei der Erforschung der Reformpolitik des Adels auffällt, ist der mehrmalige Wechsel des taktischen Kurses in einer relativ kurzen Zeitspanne. Falls man ihn graphisch darstellen wollte, würde sich eine Zickzacklinie ergeben. Nehmen wir als Beispiel die Entwicklungsstufen der Livländischen Bauernverordnung von 1860, der wichtigsten von allen Reformen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts: 1849 — Zar Nikolaj I. bestätigt die Verordnung, in der als Hauptpunkte der Bauernlandverkauf und der Übergang von der Frone zur Geldpacht vorgesehen waren. Jedoch schon fünf Jahre später (1854) bildete der Landtag eine Revisionskommission mit der Aufgabe, die Verordnung zu überarbeiten, und 1856 akzeptierte er ein neues Verordnungsprojekt, in dem die Hauptpunkte der Verordnung von 1849 faktisch annulliert wurden. Vier Jahre später — 1860 — abermals eine Wendung: der Zar — nunmehr Alexander II. — bestätigte eine Bauernverordnung, die eigentlich eine Rückkehr zu den Bestimmungen von 1849 bedeutete. Die folgenden drei Jahre — und mehr — sind durch einen weitgehenden Stillstand gekennzeichnet, Jahre in denen seitens des Adels nichts Wesentliches getan wurde, um die Gesetzesvorschriften mit Leben zu erfüllen. Als Ergebnis dieser Periode der Stagnation ist festzuhalten, daß vom Bauernland der Privatgüter Livlands ihrem Wert nach nur 2,44 v. H. in die Hände der Bauern gelangten² und für die Abschaffung der Frone sogar nicht einmal der Endtermin bestimmt wurde.

Ein neuer taktischer Kurs wurde dann im März 1864 eingeschlagen; er dauerte bis zum März 1865. Die zwei im Laufe dieses Jahres einberufenen Landtage faßten Beschlüsse, die den Landverkauf aktivieren sollten. Im März 1865 wurde endlich der Termin für die Abschaffung der Frone be-

1) M. M. Duchanov: *Ostzejcy. Politika ostzejskogo dvorjanstva v 50—70-ch gg. XIX v. i kritika ee apologetičeskoj istoriografii* [Die Ostseeprovinzler. Die Politik des ostseischen Adels in den 50er-70er Jahren des 19. Jhs. und Kritik seiner apologetischen Geschichtsschreibung], 2-e pererab. i dop. izdanie, Riga 1978.

2) F. von Jung-Stilling: *Über die ländlichen Verhältnisse der livländischen Bauern*, St. Petersburg 1868, S. 9.

stimmt (23. April 1868). Aber die aufgeflammete Aktivität (z. B. der relativ rege Bauernlandverkauf) war nur sehr kurzfristig. Schon Mitte 1866 folgte wieder ein Kurswechsel, der bereits die Anfänge der späteren völligen Stagnation in der Reformtätigkeit des Adels andeutete. Ähnliches kann man in bezug auf die Einstellung des kurländischen Adels konstatieren, wo erst nach langem und kompromißlosem Widerstand die Frage des Bauernlandverkaufs auf der Bröderlichen Konferenz vom Juni 1863 positiv gelöst wurde. In beiden Fällen wurden die Bereitschaftsbekundungen des Adels in bezug auf Reformen jedoch von vielen sogar gut informierten Zeitgenossen inklusive Alexanders II. jeweils als „plötzlich“ und „überraschend“ angesehen. Wie der eben gekennzeichnete Wandel im Verhältnis des livländischen Adels zur Bauernverordnung und des kurländischen Adels zum Verkauf des Bauernlandes, so war freilich auch der stete Wechsel des taktischen Kurses des Adels in der Reformpolitik im ganzen durchaus nicht so überraschend oder zufällig. Man könnte vielmehr die Zickzacklinie sogar als gewissermaßen logisch bezeichnen.

Und das ist eben das zweite, was dem Historiker bei der Erforschung der Reformpolitik des Adels und ihrer Motive auffällt. Die Höhepunkte der Zickzacklinie — anders gesagt, die Momente der größten Reformbereitschaft des Adels — fielen gewöhnlich mit dem Anwachsen, der aktive Widerstand des Adels gegen Reformen mit der Rückläufigkeit oder dem völligen Stillstand der Bauernbewegung zusammen. Nehmen wir als Beispiel den „Krieg in Mächters“ (April—August 1858). Wie bekannt, hat er am Ende desselben Jahres gewissermaßen sogar zum Wechsel des Regierungsprogramms für die Bauernbefreiung in Rußland (1861) geführt. Um so mehr beeindruckte er die baltische Politik Petersburgs, was letzten Endes zur Bestätigung der schon genannten Bauernverordnung (1860) in Livland führte. Aber am unmittelbarsten kam der Einfluß des „Krieges in Mächters“ in dem im Jahre 1859 gefaßten Beschluß Alexanders II. zum Ausdruck, die kurz zuvor (1856) von ihm selbst akzeptierte Estländische Bauernverordnung umarbeiten zu lassen. Auf die äußerste Notwendigkeit dieser Maßnahme hat die Aufmerksamkeit des Zaren General-Adjutant Nikolaj Vasil'evič Isakov gelenkt, der den Bauernaufstand zunächst schonungslos unterdrückte, dann aber die Konsequenz aus der Erkenntnis zog, daß mit Repressionen allein die Bauern nicht zu ständiger Ruhe gezwungen werden könnten. Man brauche dazu auch Reformen. „Das Volk“, so schrieb er, „kann nicht lange demütig gehorchen, und wenn auch das Maß seiner Geduld groß ist.“³

Ein weiteres Beispiel, um nur die auffallendsten zu nennen, ist die „Große Petition“ der estländischen Bauern (Herbst 1864), die nach Eduard von Oettingens Worten „dem Zaren und Walujew Angst einjagte“⁴ und danach auch den Livländischen Landtag (März 1865) end-

3) Central'nyj gosudarstvennyj archiv Oktjabr'skoj revoljucii (CGAOR) [Zentrales Staatsarchiv der Oktoberrevolution], Moskau, f. 678, op. I, d. 594, l. 9.

4) Latvijas Padomju Socialistiskās Republikas Centrālās Valsts Vēstures Arhīvs (weiterhin zit.: LPSR CVVA) [Lettische Sozialistische Sowjetrepublik:

lich zu dem Beschluß zwang, den Termin für die Abschaffung der Frone festzusetzen. In ähnlicher Weise sah sich der kurländische Adel „plötzlich“ zum Bauernlandverkauf gezwungen. Den entscheidenden Impuls dazu gaben die stark verschärfte Bauernbewegung in Kurland selbst und die Wandlungen an seinen Grenzen, in Litauen und Weißrußland, wie auch der Aufstand in Polen.

In solchen ungewöhnlich verschärften Situationen verstärkte sich auch der Druck auf den Adel „von oben“, und zwar in der Form von Ratsschlägen, Ermahnungen und sogar Forderungen der Regierungsvertreter, den Weg der Reformen endlich zu betreten. In vielen Fällen erregte es die Furcht der Adelsrepräsentanten der Baltischen Provinzen, daß die Regierung die Durchführung der Reformen in die eigenen Hände nehmen und dabei vielleicht größere Zugeständnisse einräumen könnte als die, welche der Adel als das Höchstmaß an Konzessionen zum gegebenen Zeitpunkt zulassen wollte. Das hatte manchmal eine größere Nachgiebigkeit des Adels zur Folge, und gerade in solchen Fällen erwies sich der „Druck von oben“ als besonders wirksam. Es ist dabei wohl zu bemerken, daß in den allerschärfsten Situationen der Adel selbst mit seltener Zielstrebigkeit handelte, wie z. B. in Kurland (Juli—August 1863), als der Landesbevollmächtigte Carl von der Recke, gestützt auf den Generalgouverneur Wilhelm Baron Lieven, in Petersburg energisch um möglichst rasche Bestätigung des von der Brüderlichen Konferenz gefaßten Beschlusses in Fragen des Bauernlandverkaufs bat.⁵

Ähnlich war es laut Information des Ritterschaftshauptmannes Alexander Graf Keyserlings in Estland in der ersten Zeit nach den Vorgängen von Machters.⁶ So ist es mit der inneren Logik der Zickzacklinie. Ihre Entwicklung hing am meisten vom Druck „von unten“ ab. Staatlicher Druck, der unvergleichlich mäßiger war und in ganz anderen Formen ausgeübt wurde, hatte nur eine sekundäre Bedeutung. Doch alles, was bisher über die Motive zur Reformpolitik gesagt wurde, bedeutet keineswegs, daß der Adel nur durch äußeren Druck zum Wandel veranlaßt wurde. Es traten natürlich auch innere, sozusagen eigene und dabei wichtige Motive hinzu. Aber, wie es scheint, waren diese hauptsächlich wirtschaftlicher Art, veranlaßt durch das Streben, besser zu wirtschaften und das Nötige dazu auf dem eigenen Gut zu tun. Man darf natürlich die Bedeutung dieser Bemühungen nicht unterschätzen, denn in Verbindung mit all dem, was die Gutsbesitzer der Baltischen Provinzen von so vielen Gutsbesitzern in Rußland unterschied — Neigung zum Unternehmertum, direkte Teilnahme an der Wirtschaftsführung und noch so manches andere mehr — verwandelte sich der feudale Gutsbesitzer recht rasch in einen Agrarkapitalisten, was natürlich sowohl einen Einfluß auf die rein wirtschaftliche Entwicklung wie auch in gewisser Weise auf den sozialen Wandel der Provinzen hatte.

Zentrales Staatliches Historisches Archiv], Riga, 214 f., 6. apr., 395 b s 1., 488. lp.

5) Central'nyj gosudarstvennyj istoričeskij archiv SSSR (CGIA SSSR) [Zentrales Staatliches Historisches Archiv der UdSSR], Moskau, f. 1284, op. 30, 1 otd. 3 stol, d. 62 č. 1, l. 215—216.

6) LPSR CVVA, 1. f., 12. apr., 79. 1., 178—179. lp.

Jedoch auch dann, wenn der Gutsbesitzer seine Wirtschaft nach kapitalistischer Art führte, blieb er als Standespolitiker ein entschiedener Gegner von Reformen. Als Gutsbesitzer sah der Adelige wohl die Vorteile der neuen Wirtschaftsformen und entschied die Fragen der Gutsverwaltung so, wie es ihm im Hinblick auf seine eigenen Interessen günstiger erschien. Aber das bedeutete durchaus nicht, daß er im Landtag geneigt war, dieselben Maßnahmen in Gesetzesform zu akzeptieren.

Wir verfolgten bereits das langfristige Zögern des Adels beim Gesetzgebungsverfahren in bezug auf solche Maßnahmen, über deren Vorteilhaftigkeit sich manche Gutsbesitzer schon in den 1840er Jahren und die Mehrheit bald danach im klaren waren (z. B. Abschaffung der Frone). Womit sind diese Unterschiede, ja häufig sogar Gegensätzlichkeiten im Handeln des Adligen als Gutsbesitzer und als Standesrepräsentanten zu erklären? Es ist nicht beabsichtigt, diese Frage hier erschöpfend zu beantworten. Man braucht dazu noch ergänzende Forschungen in bezug auf viele ökonomische, politische und psychologische Aspekte in der Geschichte des baltischen Adels. Darum wollen wir uns vorläufig nur auf einige Annahmen beschränken.

Die Widersprüchlichkeit in der Haltung der Adligen könnte man vielleicht als ein Ergebnis des Bruches zwischen der Weitsicht des wirtschaftsführenden Herrn ansehen, der seine Sache und seine persönlichen Interessen gut kennt, und der Enge des Standeshorizonts, die es nicht ermöglichte, den allgemeinen Nutzen zu erfassen. Jedoch scheint mir, daß diese Deutung durchaus nicht auf den in politischen Angelegenheiten sehr erfahrenen und in der Wahrung seiner Standesinteressen höchst sensiblen baltischen Adel bezogen werden kann. Man sollte vielmehr auch den Widerstand des Adels gegenüber Reformen nicht als Fehler betrachten. Ganz im Gegenteil, solch ein Widerstand der Adligen erscheint ganz logisch. Vom Standpunkt ihrer Standesinteressen handelten sie richtig und konnten als Stand gar nicht anders handeln, da es andernfalls zu ihrer Selbstvernichtung gekommen wäre.

Die Sache ist nämlich die, daß die Adels Herrschaft unter kapitalistischen Bedingungen nur als Relikt vorstellbar ist, als Erscheinung, die sich als Überrest der Vergangenheit erhalten hat, und je zahlreicher solche Relikte in der sozialökonomischen und politischen Ordnung vorhanden sind, desto mehr Chancen hat der Adel für sein politisches Überleben und zur Erhaltung seiner Herrschaft. Diese Notwendigkeit der Selbsterhaltung bedingte auch, daß der baltische Adel Reformen auch dann ablehnte, als Livland, Estland und Kurland schon den Weg der bourgeois Entwicklung betreten hatten und der Gutsbesitzer selbst kapitalistisch zu wirtschaften begonnen hatte. Darin bestand ja gerade das Wesen des Adelskonservatismus, daß er nicht nur für die Baltischen Provinzen, sondern auch für andere Gebiete typisch war, wo der Übergang zum Kapitalismus ohne bürgerliche Umwälzungen stattgefunden hatte und die Adligen die herrschende Schicht geblieben waren.⁷

7) Vgl. dazu S. Schmidt: Junkertum und Genesis des deutschen Konser-

Was speziell den baltischen Adel betrifft, so hatte seine konsequent konservative Position zur Folge, daß im Unterschied zu der oft wechselnden Taktik die Strategie feststand, wobei ihre Einheitlichkeit aus zwei Komponenten bestand: einerseits kam auch der Adel allmählich zur Überzeugung, daß eine Versöhnung mit der neueingetretenen Zeit des Kapitalismus unabwendbar war. Daher auch die Anpassung an den Kapitalismus als Teil der Strategie. Gleichzeitig aber suchte der Adel den Weg und die Mittel, seine herrschenden Positionen möglichst vollständig zu erhalten. Die Strategie zielte immer darauf, bei prinzipieller Zustimmung zum Kapitalismus eine „Minimalvariante“ der bürgerlichen Reformen durchzusetzen, die Anpassung an die kapitalistische Evolution mit dem Festhalten an feudalen Resten zu vereinen, kurz — den Kapitalismus feudal einzufärben. Daraus ergab sich das Streben des Adels, die Führung beim Reformieren (wenn das für ihn vonnöten wurde) in den eigenen Händen zu behalten, um das Maß der Zugeständnisse möglichst zu begrenzen, die Einführung der Reformen zu verzögern, im günstigen Moment vielleicht Halt zu machen, und falls es gelingen sollte, sogar einen Schritt rückwärts zu gehen, um das, was schon Gesetz geworden war, zu revidieren. In den Ostseeprovinzen wurde es zur Regel, daß der Adel bei der Vorbereitung aller wichtigen Reformen der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts selbst den mäßigsten Regierungsvorschlägen noch eine zurückhaltendere Reformvariante entgegenstellte (Paßreform, Gemeinde-reform, eine Regelung der Körperstrafen). In einem Fall, nämlich bei der Justizreform, brachte man sogar die von der Regierung geplanten Maßnahmen zum völligen Scheitern.

Aus dem, was hier über die Motive der Reformpolitik des Adels gesagt wurde, dürfen folgende Schlüsse gezogen werden: Der Wandel, der in den Ostseeprovinzen vor sich ging, wurde im großen und ganzen durch langfristig wirksame Faktoren hauptsächlich objektiver Art verursacht. Aber für die Beschleunigung des Wandels in bestimmten Zeitabschnitten waren eher situationsbedingte Faktoren entscheidend, die Lage des Tages und der Stunde, wobei auf die Reformbereitschaft der führenden Schichten mehr als andere die politischen Motive einwirkten. Dasselbe gilt übrigens auch für den Staat, dessen Vertreter in kritischen Situationen in erster Linie durch die Furcht vor einer Pugačevščina zu Reformen angeregt wurden, wie dies auch bei der Bauernbefreiung von 1861 der Fall war.

Wie gesagt, war die Strategie des baltischen Adels keine Ausnahme. Aber es gab auch spezifische Besonderheiten, die seine Reformpolitik prägten. Genannt sei hier nur die *A u t o n o m i e*, die die besondere Stellung und weit größere Privilegierung des Adels in den Baltischen Provinzen ausmachte als irgendwo sonst im zaristischen Reich. Als den für die Politik des baltischen Adels besonders wichtigen Faktor bezeichnen auch viele deutsche Historiker die Autonomie. So vertritt diesen Standpunkt z. B. Georg v o n R a u c h in seinem gedankenreichen Beitrag „Bewußtsein und Identität“, wo die Autonomie als zentrales Prinzip vatismus im 19. Jh., in: Zs. für Geschichtswissenschaft 27 (1979), S. 1058—1072.

in der Tätigkeit der Deutschbalten bezeichnet wird.⁸ Man möge die Autonomie verschieden bewerten, mit positivem oder negativem Vorzeichen versehen; eines ist aber absolut klar: Ohne besondere Beachtung der Bindung des Adels an das Prinzip der Autonomie wird man sehr Vieles und vielleicht sogar Entscheidendes in seinen Handlungen nicht verstehen. Diese Feststellung bezieht sich auch voll und ganz auf die Reformpolitik. Bei Abwägung des Pro und Contra, welche Konsequenzen sich für den Adel aus der Verwirklichung der einen oder der anderen Reform ergeben konnten, ging man gewöhnlich davon aus, daß der vom Stand erreichte Status den Hauptinteressen des Adels genügte und daß darum nur mit Bedacht zur Einführung von Reformen geschritten werden, daß also an dem Erworbenen lieber nicht gerüttelt werden sollte, da es mehr zu verlieren als zu gewinnen gab.

Carl Schirren, der die konservativen Anschauungen seiner Zeit meisterhaft formulierte, mahnte in seinen „Livländischen Charakteren“, daß die kleine Gemeinde mit dem empfangenen Erbe sehr sorgfältig umgehen sollte. „Ihre Aufgaben“, so schrieb er, „sind mäßig; ihre Mittel beengt; ihr Kampfpreis gering. Sie kann nach dem Höchsten nicht streben vor Gefahr, auch das Kleinste zu verlieren.“⁹ Daraus ergab sich auch die von Schirren vorgeschlagene Position: „Festhalten und ausharren.“¹⁰ Den sorgfältigen Umgang mit dem Erbe hielt Schirren um so mehr für nötig, als er die Situation der privilegierten Schichten als fortwährend bedroht ansah. Die besondere Gefährlichkeit der Lage hat der Dorpater Historiker auch in diesem Falle sehr treffend durch die Worte: „kein Volk im Lande“¹¹ gekennzeichnet, womit er die lettisch-estnische Bevölkerung den privilegierten Schichten gegenüberstellte. Und er ergänzte: „... ein Bau, nicht getragen von breitgefestigtem Grunde, gewölbt wie über den Abgrund, ohne Stütze außer im eigenen Gefüge.“¹²

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen dem Adel und dem Zarismus in der Reformfrage. Wir sprachen vom Druck „von oben“, den die Regierung auf den Adel in bestimmten Situationen ausübte, und nannten als den Hauptgrund für diesen Druck die Bauernbewegung. Wie bekannt, gab es aber auch andere Gründe für Unstimmigkeiten. Es sei hier auf den Widerspruch zwischen den Zentralisierungstendenzen des Zarismus und dem soeben genannten Festhalten des Adels an der Autonomie hingewiesen. Aber in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts hat dieser Widerspruch die Beziehungen noch nicht so stark beeinflusst. In der Reformfrage blieben Adel und Zarismus in den großen Linien Verbündete. Der Zarismus brauchte den Adel als Stütze in den Provinzen. Der Adel konnte seine besondere Stellung nicht ohne den Zarismus behaupten. „Solange der Kaiser die Nation be-

8) G. von Rauch: Geschichtsbewußtsein und Identität, in: Jb. des baltischen Deutschtums, Bd. XXX, 1983, S. 15.

9) C. Schirren: Livländische Charaktere, in: Baltische Monatsschrift, Bd. 3, 1861, S. 445.

10) Ebenda.

11) Ebenda, S. 444.

12) Ebenda, S. 445.

herrscht und nicht beherrscht wird, werden wir nicht untergehen“¹³, schrieb Graf Keyserling. Seinerseits sprach Theodor Baron Firccks (Pseudonym: Schédo-Ferroti) von der Loyalität der Ritterschaft, die im Thron den einzigen Garanten ihrer Rechte sah und darum bereit war, dem Monarchen als russische Vendée zu dienen.¹⁴

Man kann vieles nennen, was dieses Bündnis festigte. Aber am allerwichtigsten waren die gemeinsamen Interessen des Adels und der Selbstherrschaft, wie auch die Identität der Anschauungen ihrer Vertreter. Dies war auch die Meinung von Peter Graf Šuvalov, dem Leiter der Gendarmerie und einem der größten Gönner des baltischen Adels in St. Petersburg, als er im Gespräch mit dem Landrat von Lilienfeld die Ostseeprovinzen als „Schlachtfeld der großen Politik“ bezeichnete und das Gespräch mit folgenden Worten abschloß: „Die konservative Partei unterstützte sie, um ihre eigenen Positionen zu stärken.“¹⁵ Der zuletzt zitierte Gedanke Šuvalovs führt uns zu dem schon früher betonten stark dominierenden Konservatismus des baltischen Adels, der auch seine Reformpolitik am meisten bestimmte.

13) A. Graf Keyserling. Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern, zugest. von H. Taube von der Issen, Bd. 2, Berlin 1902, S. 547.

14) D. K. Schédo-Ferroti: Études sur l'avenir de la Russie. Huitième étude. Que ferat-on de la Pologne? Brüssel 1864, S. 210.

15) Zit. nach A. von Tobien: Die Livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus, Bd. 1, Riga 1925, S. 372.

Summary

Baltic Nobility, Tsarism and their Reform Policy 1850—1880

The concrete, historical aspect of the problem discussed here, is how to estimate the attitude of the nobility towards the civil reforms in Russia's Baltic Provinces, as well as the question, which motives determined the nobility's attitude. With regard to a general theory, this contribution investigates the part of the ruling classes during the change to capitalism.

Thereby the tactical course of the nobility changed several times. The nobility's greatest willingness to realize reforms usually coincided with the growing of the peasant movement, and, vice versa, the nobility's active opposition against reforms with the retrogression of this movement. In the critical situation in the beginning of the sixties of the 19th century, the pressure upon the nobility grew stronger, also "from above", which entailed a greater indulgence of the nobility. The public pressure, however, was incomparably less than the pressure "from below", and therefore of secondary importance. The primary element was the peasant movement.

The nobility's own motives for pursuing a reformatory policy mainly were economical. They endeavoured to manage better on their own domains which influenced the purely economical development as well as, in a certain way, social change in the Provinces. As representatives of their class, however, the same landowners opposed the reforms (f. e. legal abolition of soccage). As an explanation of this contradiction, we may regard the nobility's endeavour to keep its ruling part, which under capitalist conditions only is possible when many relicts of feudalism still exist. Therefore, while on principle agreeing with capitalism, the strategy of the Baltic nobility aimed at a "minimum variant" of civil reforms, a feudally coloured capitalism. This is the essence of noble conservatism, typical for those regions where the nobility continued to be the ruling class.

In the opinion of the Baltic nobility, conservatism was also conditioned by the autonomy guaranteed to them by their extraordinary privileges in the Tsarist empire. The achieved status came up to their interests, and they deliberately started reforms which rather brought them losses than profits.